

Lizenzbedingungen für Software der IAV GmbH Ingenieurgesellschaft Auto und Verkehr

Version 12/2025

1. Geltung dieser Bedingungen

- (1) Mit Vertragsschluss zum Erwerb des im Folgenden konkretisierten Nutzungsrechts an einer in der separaten Softwarebeschreibung näher bezeichneten Software (nachfolgend „Software“) stimmen Sie (nachfolgend „Lizenznehmer“) diesen Lizenzbedingungen („Bedingungen“) der IAV GmbH Ingenieurgesellschaft Auto und Verkehr, Carnotstraße 1, 10587 Berlin, Deutschland (nachfolgend „Lizenzgeber“) zur Nutzung der Software zu.
- (2) Vorbehaltlich abweichender Vereinbarungen im Einzelfall kommen Verträge zur Lizenzierung der Software ausschließlich nach Maßgabe dieser Bedingungen zustande. Entgegenstehende oder abweichende Allgemeine Geschäftsbedingungen des Lizenznehmers sind nur dann verbindlich, wenn der Lizenzgeber sie ausdrücklich anerkannt hat; dies muss schriftlich geschehen. Diese Bedingungen gelten auch dann, wenn der Lizenzgeber in Kenntnis entgegenstehender oder abweichender Bedingungen des Lizenznehmers die Lieferung oder Leistung vorbehaltlos ausführt.
- (3) Das Angebot des Lizenzgebers auf Abschluss eines Vertrages nach diesen Bedingungen richtet sich ausschließlich an juristische oder natürliche Personen, die als Unternehmer im Sinne des § 14 BGB handeln. Der Lizenznehmer sichert daher zu, das Vertragsverhältnis mit dem Lizenzgeber ausschließlich in Ausübung seiner gewerblichen oder selbständigen beruflichen Tätigkeit oder im Rahmen seiner Tätigkeit für seinen Arbeitgeber, der seinerseits ein Unternehmer ist, zu begründen.

2. Vertragsdurchführung

- (1) Die Software hat nur die vertraglich ausdrücklich festgelegten Eigenschaften, technischen Daten etc. aufzuweisen; diese stellen nur dann Garantieübernahmen dar, soweit der Lizenzgeber ausdrücklich erklärt, verschuldensunabhängig hierfür einstehen zu wollen oder wenn sie vom Lizenzgeber ausdrücklich als solche bezeichnet werden; Garantieerklärungen müssen schriftlich abgegeben werden, um wirksam zu sein.
- (2) Soweit sich nicht aus gesetzlichen Vorschriften etwas anderes ergibt, schuldet der Lizenzgeber Beratung nur insoweit, als diese von ihm als vertragliche Hauptpflicht übernommen wurde.
- (3) Eine Anpassung der Software auf die IT-Umgebung des Lizenznehmers schuldet der Lizenzgeber nicht, es sei denn, etwas Abweichendes wurde ausdrücklich vereinbart.

3. Nutzungsrechte / Lizenzen

- (1) Mit Vertragsabschluss erhält der Lizenznehmer ein einfaches, zeitlich bis zum Ende der vereinbarten Nutzungsdauer beschränktes, räumlich auf das weltweite Gebiet außerhalb der Vereinigten Staaten von Amerika (USA) beschränktes, nicht-übertragbares und nicht-unterlizenzierbares Recht, die Software durch – je nach Vereinbarung – die namentlich (named user) oder zahlenmäßig (concurrent user) angegebenen Nutzer zu verwenden. Bei Demoversi onen (beta-Versionen) der Software oder der Gewährung eines sog. Early Access ist das zuvor genannten Nutzungsrecht unentgeltlich und auf die Nutzung zu internen Testzwecken beschränkt.
- (2) Stellt der Lizenzgeber dem Lizenznehmer Software(teile) (einschließlich Patches, Bugfixes und Dokumentation) zur Verfügung, so werden hieran einfache Nutzungsrechte in dem Umfang eingeräumt, wie sie an der Software bestehen, mit der sie bestimmungsgemäß genutzt werden oder die sie ersetzen sollen.
- (3) Im Rahmen der Software ist die Verwendung von Free und Open Source Software grundsätzlich zulässig. Sofern Free und Open Source Software durch den Lizenzgeber genutzt wird, gelten diesbezüglich ausschließlich die separat zur Verfügung gestellten Lizenzbedingungen.

4. Software as a Service

Sofern es sich bei der Software um ein Software as a Service handelt, gelten zusätzlich die folgenden Regelungen dieser Ziffer 4.

- (1) Übergabepunkt zur Nutzung der Software ist der Routerausgang des Rechenzentrums des Lizenzgebers. Der Lizenzgeber schuldet nicht die Herstellung und Aufrechterhaltung der Datenverbindung zwischen den IT-Systemen des Lizenznehmers und dem beschriebenen Übergabepunkt. Bei der Nutzung der Software kann es zu Einschränkungen oder Beeinträchtigungen aufgrund von Umständen kommen, die außerhalb des Verantwortungsbereichs des Lizenzgebers liegen. Hierunter fallen insbesondere die vom Lizenznehmer genutzte Hard- und Software und technische Infrastruktur, Handlungen von Dritten, die nicht im Auftrag des Lizenzgebers handeln, sowie nicht vom Lizenzgeber beeinflussbare technische Bedingungen des Internets sowie höhere Gewalt. Eine durchgehende Verfügbarkeit der Software wird daher nicht zugesichert.
- (2) Der Lizenzgeber kann die Software jederzeit warten, aktualisieren sowie weiterentwickeln und insbesondere aufgrund einer geänderten Rechtslage, technischer Entwicklungen oder zur Verbesserung der IT-Sicherheit anpassen, wodurch es zu Einschränkungen der Verfügbarkeit und Nutzbarkeit der Software kommen kann. Derartige Maßnahmen dürfen auch innerhalb der üblichen Geschäftszeiten durchgeführt werden.

5. KI-Software

Sofern es sich bei der Software um eine Software handelt, die Funktionen Künstlicher Intelligenz („KI“) i.S.v. Art. 3 Nr. 1 der Verordnung (EU) 2024/1689 („KI-Verordnung“) enthält, gelten zusätzlich die folgenden Regelungen dieser Ziffer 5.

- (1) Der Lizenznehmer ist verpflichtet, die durch KI generierten Inhalte („KI-Output“) vor Nutzung sorgfältig auf Richtigkeit und Vollständigkeit sowie auf mögliche Rechtsverletzungen zu überprüfen. Insbesondere bei fachlichen, technischen, rechtlichen oder finanziellen Inhalten muss der Lizenznehmer den KI-Output durch geeignete Maßnahmen verifizieren. Der Lizenznehmer stellt sicher, dass er KI-Output so in seine Prozesse integriert, dass dieser mit den einschlägigen Regulierungen (insbesondere KI-Verordnung und Datenschutz-Grundverordnung) im Einklang steht und entsprechend den Regulierungen in Betrieb genommen oder genutzt wird.
- (2) Der Lizenzgeber behält sich vor, die der KI zugrundeliegende Technologie, Algorithmen und Modelle jederzeit zu ändern oder weiterzuentwickeln, soweit dies für den Lizenznehmer zumutbar ist. Solche Änderungen dienen insbesondere der Verbesserung der Leistungsfähigkeit, Sicherheit oder Effizienz der Software. Der Lizenzgeber darf die KI-Funktionen jederzeit an neue gesetzliche oder behördliche Anforderungen anpassen, insbesondere an die Vorgaben der KI-Verordnung, der Datenschutz-Grundverordnung oder anderer relevanter Rechtsvorschriften. Solche Anpassungen erfolgen auch ohne vorherige Ankündigung, wenn dies zur Erfüllung rechtlicher Pflichten erforderlich ist.
- (3) Der Lizenzgeber behält sich vor, die zum Trainieren des KI-Modells verwendeten Daten jederzeit zu aktualisieren, zu erweitern oder zu modifizieren. Dies kann zu Veränderungen in der Qualität, Art oder Bandbreite des KI-Outputs führen.
- (4) Der Lizenzgeber ist berechtigt, das verwendete KI-Modell durch ein anderes, technisch vergleichbares oder überlegenes Modell zu ersetzen. Bei wesentlichen Änderungen der Funktionsweise oder Leistungsfähigkeit wird der Lizenznehmer rechtzeitig informiert. Der Lizenznehmer hat in solchen Fällen das Recht, den Vertrag außerordentlich schriftlich zu kündigen, sofern die Änderungen für ihn unzumutbar sind.

- (5) Der Lizenzgeber darf einzelne Funktionen der KI deaktivieren oder einschränken, wenn dies aus technischen, rechtlichen oder Sicherheitsgründen erforderlich ist. Bei dauerhaften Deaktivierungen wesentlicher Funktionen hat der Lizenznehmer das Recht, den Vertrag außerordentlich schriftlich zu kündigen.

6. Pflegeleistungen (Support)

Sofern der Lizenznehmer eine Lizenz mit Softwaresupport erworben hat, gelten diesbezüglich die nachfolgenden Bedingungen gemäß dieser Ziffer 6.

- (1) Der Lizenzgeber erbringt im Rahmen eines E-Mail-Helpdesk Beratungsleistungen bei Fehlern, Anwendungsproblemen, Störungen oder sonstigen Fällen von Schwierigkeiten im Zusammenhang mit Programmabläufen der Software. Die Beratung wird während der üblichen Geschäftszeiten (Montag bis Freitag außer an gesetzlichen Feiertagen von 9:00 bis 17:00 Uhr MEZ am Sitz des Lizenzgebers) durchgeführt. Beratung in diesem Sinne ist jede problembezogene Antwort des Lizenzgebers auf die Darstellung eines softwaretechnischen Problems des Lizenznehmers im Zusammenhang mit der Software.
- (2) Der Lizenzgeber wird im Rahmen eines Supports Fehler behandeln, die an der Software auftreten und ihm von dem Lizenznehmer gemeldet wurden. Ein Fehler liegt insbesondere vor, wenn die Software die in der Softwaredokumentation angegebenen Funktionen nicht erfüllt, falsche Ergebnisse liefert, den Lauf unkontrolliert abbricht oder in anderer Weise nicht funktionsgerecht arbeitet. Ein Fehler liegt nicht vor, wenn die vorgenannten Störungen durch unsachgemäße Behandlung der Software und/oder Obliegenheitsverletzungen durch den Lizenznehmer, beispielsweise Nichtbeachtung der Softwaredokumentation, auftreten, gleichgültig, ob diese durch den Lizenznehmer, seine Erfüllungsgehilfen oder sonstige von dem Lizenznehmer autorisierte Personen erfolgt sind. Ferner liegt kein Fehler vor, wenn eine KI-basierte Funktionalität ein falsches Ergebnis liefert oder die KI ein nicht erwartbares Verhalten zeigt und dies nach dem aktuellen Stand der Technik nicht vermeidbar ist.
- (3) Nach einer Fehlermeldung durch den Lizenznehmer werden die Fehler einvernehmlich in die folgenden Fehlerklassen eingeordnet:

Fehlerklasse A Ein Fehler der Klasse A liegt vor, wenn die Nutzung der Software beispielsweise aufgrund von Fehlfunktionen, falschen Arbeitsergebnissen oder Antwortzeiten unmöglich oder schwerwiegend eingeschränkt wird und dadurch ein Arbeiten mit der Software insgesamt nicht mehr möglich ist.

Fehlerklasse B Ein Fehler der Klasse B liegt vor, wenn die Nutzung der Software beispielsweise aufgrund von Fehlfunktionen, falschen Arbeitsergebnissen oder Antwortzeiten zwar nicht unmöglich oder schwerwiegend eingeschränkt ist, die Nutzungseinschränkungen gleichwohl nicht unerheblich sind.

Fehlerklasse C Ein Fehler der Klasse C liegt vor, wenn die Nutzung der Software nicht unmittelbar und/oder nicht erheblich beeinträchtigt wird.

Erzielen die Vertragspartner bei der Fehlerklassifizierung kein Einvernehmen, entscheidet der Lizenzgeber unter Berücksichtigung der Interessen des Lizenznehmers.

- (4) Für die Fehlerbehandlung gelten folgende Service-Level:

Fehlerklasse A Der Lizenzgeber beginnt bei Fehlern der Klasse A mit der Fehlerbehandlung, wenn sie bis 12:00 Uhr gemeldet werden am selben Werktag; wenn sie nach 12:00 Uhr gemeldet werden, spätestens am nächsten Werktag.

Fehlerklasse B Der Lizenzgeber beginnt bei Fehlern der Klasse B mit der Fehlerbehandlung binnen angemessener Frist ab Meldung, je nach Schwere der Beeinträchtigung.

Fehlerklasse C Bei Fehlern der Klasse C wird sich der Lizenzgeber bemühen, den Fehler im nächsten Programmstand (Update oder Upgrade) zu beseitigen.

- (5) Ein Fehler gilt auch als behoben, wenn dem Lizenznehmer eine Fehlerumgehung bereitgestellt wird, unter dessen Verwendung

der Fehler ohne wesentliche Beeinträchtigung für den Lizenznehmer umgangen werden kann.

- (6) Der Lizenznehmer wird den Lizenzgeber bei der Erbringung der Pflegeleistungen kostenfrei unterstützen. Er wird insbesondere

- bei festgestellten Fehlfunktionen dem Lizenzgeber die verwendeten Eingangsdaten und Konfigurationen digital zur Verfügung stellen;
- den Lizenzgeber im Rahmen seiner Möglichkeiten nach besten Kräften bei der Suche nach der Fehlerursache unterstützen;
- den mit der Durchführung der Software-Pflegeleistungen von dem Lizenzgeber betreuten Mitarbeitern im Falle der Vorortberatung oder der Online-Pflege Zugang zu den Rechnern zu gewähren, welche zur Nutzung der Software verwendet werden;
- alle im Zusammenhang mit der Software verwendeten oder erzielten Daten in regelmäßigen Abständen separat in einer Form sichern, welche eine Rekonstruktion verlorener Daten mit vertretbarem Aufwand ermöglicht.

- (7) Sofern die Erbringung eines Managed Service vereinbart ist, gilt ergänzend Folgendes: Der Lizenznehmer übernimmt es als wesentliche Vertragspflicht, dafür zu sorgen, dass alle vereinbarten Beistellungsleistungen in der erforderlichen Qualität und zu den vereinbarten bzw. zur Projektrealisierung erforderlichen Terminen ohne zusätzliche Kosten erbracht werden. Soweit dies erforderlich ist, wird er insbesondere eigenes Personal in ausreichendem Umfang sowie kompetente Ansprechpartner für einen Support im Zusammenhang mit dem Managed Service zur Verfügung stellen.

7. Weitere Leistungen

Der Lizenzgeber kann auf Wunsch des Lizenznehmers weitere Leistungen, die mit der Software in Zusammenhang stehen, die aber nicht in den vertraglichen Leistungen enthalten sind, gegen gesonderte Vergütung erbringen. Dies gilt insbesondere für

- Leistungen des Lizenzgebers vor Ort bei dem Lizenznehmer;
- Leistungen, die auf Anforderung des Lizenznehmers außerhalb der normalen Bürostunden von dem Lizenzgeber vorgenommen werden;
- Leistungen, die durch unsachgemäße Behandlung der gepflegten Programme und/oder Obliegenheitsverletzungen des Lizenznehmers, beispielsweise Nichtbeachtung der Softwaredokumentation, erforderlich werden, gleichgültig, ob diese durch den Lizenznehmer, seine Erfüllungsgehilfen oder andere vom Lizenzgeber nicht autorisierte Personen erfolgt sind;
- Schulungsmaßnahmen zum optimalen Umgang mit der Software;
- Leistungen, die durch höhere Gewalt oder sonstige nicht vom Lizenzgeber zu vertretenden Umständen erforderlich werden.

8. Zahlungsbedingungen

- (1) Die Preise der Vergütung des Lizenzgebers sind Nettopreise, das heißt ohne die gesetzliche Umsatzsteuer. Die Preise gelten ausschließlich unter der Bedingung, dass die Software und Leistungen frei von Steuern, Zöllen, Abgaben oder sonstigen Belastungen sind, die dadurch entstehen, dass der Lizenzgeber die Software oder seine Leistungen außerhalb Deutschlands zur Verfügung stellt. Für den Fall, dass von öffentlicher Seite Steuern, Zölle oder Abgaben erhoben werden, erhöhen sich die Preise entsprechend um diese Summen.

- (2) Der jeweilige Preis ist vom Lizenznehmer zu Beginn des Nutzungszeitraumes zu zahlen. Verbrauchsabhängige Kosten werden jeweils zu Beginn des Folgemonats in Rechnung gestellt.

- (3) Rechnungen des Lizenzgebers sind innerhalb von 30 Tagen ab Rechnungsdatum ohne Abzüge zu begleichen. Bei Zahlungsverzug schuldet der Lizenznehmer Verzugszinsen in der gesetzlichen Höhe, sofern der Lizenzgeber dem Lizenznehmer keinen höheren Schaden nachweist.

9. Mängelansprüche

- (1) Der Lizenznehmer muss dem Lizenzgeber jegliche Mängel der Software unverzüglich anzeigen. Ein Mangel liegt nicht vor, wenn sich ein vom Lizenznehmer behaupteter Fehler nicht reproduzieren lässt. Hat der Lizenznehmer Eingriffe in die Software vorgenommen, so bestehen Mängelansprüche des Lizenznehmers nur, wenn dieser nachweist, dass sein Eingriff nicht ursächlich für den Mangel war.
- (2) Ergibt sich, dass ein vom Lizenznehmer behaupteter Mangel nicht vorliegt, insbesondere, wenn sich ein behaupteter Mangel nicht reproduzieren lässt, so ist der Lizenzgeber berechtigt, für seine Aufwendungen eine angemessene Vergütung zu verlangen, es sei denn, dem Lizenznehmer fällt nur einfache Fahrlässigkeit zur Last.
- (3) Eine Gewährleistung für nur unerhebliche Minderungen der Tauglichkeit der Software wird ausgeschlossen.
- (4) Eine Minderung der Vergütung oder Schadensersatzansprüche wegen vom Lizenzgeber nicht zu vertretender Störungen der Software sind ausgeschlossen. Dieser Ausschluss gilt nicht, wenn etwaige Störungen über einen Zeitraum von mehr als einer Woche andauern oder den Geschäftsbetrieb des Lizenznehmers erheblich beeinträchtigen.
- (5) Das Recht zur Selbstbeseitigung eines Mangels gemäß § 536a Abs. 2 BGB ist ausgeschlossen.
- (6) Schadensersatzansprüche bestehen ausschließlich nach Maßgabe der nachfolgenden Ziffer 10 dieser Bedingungen.

10. Haftung

- (1) Bei Überlassung einer kostenfreien Demoversion haftet der Lizenzgeber dem Grunde nach nur für vorsätzliches oder grob fahrlässiges Handeln gemäß §§ 599 f. BGB.
- (2) Die verschuldensunabhängige Haftung bei anfänglichen Mängeln nach § 536a Abs. 1 BGB ist ausgeschlossen. Der Lizenzgeber haftet insoweit nur bei Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit. Im Übrigen haftet der Lizenzgeber dem Grunde nach
 - für vorsätzliches oder grob fahrlässiges Handeln sowie
 - für jede schuldhafte Verletzung wesentlicher Vertragspflichten.
- (3) Wesentliche Vertragspflichten sind solche Vertragspflichten, deren Erfüllung die ordnungsgemäße Durchführung des Vertrags überhaupt erst ermöglicht und auf deren Einhaltung der Vertragspartner regelmäßig vertraut und vertrauen darf. Bei einfach fahrlässiger Verletzung einer wesentlichen Vertragspflicht ist die Haftung des Lizenzgebers begrenzt auf den Schaden, der nach der Art des fraglichen Geschäfts vorhersehbar und typisch ist.
- (4) Als vertragstypisch vorhersehbar ist die Haftung des Lizenzgebers bei einfach fahrlässiger Verletzung einer wesentlichen Vertragspflicht pro Schadensfall auf den Betrag der im betroffenen Jahr erhaltenen Vergütung des Lizenzgebers beschränkt, wobei die Haftung für sämtliche im Zusammenhang mit diesem Vertrag einfach fahrlässig verursachte Schäden auf die Höchstsumme von 100.000,00 EUR begrenzt ist. Als ein Schadensfall wird dabei ein Mangel der Software und sämtliche dadurch entstehende Schäden verstanden.
- (5) Für die Wiederbeschaffung von Daten haftet der Lizenzgeber nur, wenn der Lizenznehmer sichergestellt hat, dass verloren gegangene Daten mit vertretbarem Aufwand wiederhergestellt werden können.
- (6) Im Fall einer KI-Software übernimmt der Lizenzgeber keine Gewähr für die Richtigkeit, Rechtmäßigkeit, Vollständigkeit, Aktualität oder Qualität des KI-Outputs. Der Lizenzgeber haftet nicht für Mängel der KI-Funktionen, die auf die Qualität oder Beschaffenheit der zur Trainierung des KI-Modells verwendeten Daten zurückzuführen sind.
- (7) Die Haftung für Schäden aus der Verletzung des Lebens, des Körpers oder Gesundheit, für Mängel im Rahmen einer durch den Lizenzgeber eingeräumten Beschaffenheitsgarantie gemäß § 444 BGB sowie die Haftung gemäß §§ 1, 4 ProdHaftG bleiben unberührt.

- (8) Soweit gemäß vorstehenden Regelungen die Haftung auf Schadensersatz ausgeschlossen oder beschränkt ist, erstreckt sich dies auch auf die persönliche Haftung der Organe, Arbeitnehmer und sonstiger Mitarbeiter, Vertreter und Erfüllungsgehilfen des Lizenzgebers und gilt auch für die gesetzliche Haftung aus unerlaubter Handlung.

11. Verjährungsabrede

Die Verjährung von Ansprüchen des Lizenznehmers gegen den Lizenzgeber aus diesen oder im Zusammenhang mit diesen Bedingungen ist auf ein (1) Jahr ab dem gesetzlich vorgesehenen Beginn der Verjährungsfrist begrenzt. Die Verjährung nach § 438 Abs. 1 Nr. 2 BGB und § 634a Abs. 1 Nr. 2 BGB wegen eines Mangels und die Verjährungsfrist von Ansprüchen, für die der Lizenzgeber nach diesen Bedingungen unbegrenzt haftet oder aus einer Verletzung einer für den Vertragszweck wesentlichen Pflicht, bleibt hiervon unberührt.

12. Überprüfung und Rückübersetzung

- (1) Der Lizenznehmer verpflichtet sich, die mit Hilfe der Software erzielten Arbeitsergebnisse nach dem Stand der Technik gewissenhaft zu überprüfen und alle sicherheitstechnischen Vorkehrungen zu treffen, die notwendig sind, um einen Schaden durch die Anwendung der Arbeitsergebnisse zu vermeiden. Um einen möglicherweise später eintretenden Schaden rekapitulieren zu können, verpflichtet sich der Lizenznehmer weiterhin, die Ergebnisse der Überprüfung entsprechend zu dokumentieren und dem Lizenzgeber gegebenenfalls zu Zwecken der Schadensanalyse zur Verfügung zu stellen.
- (2) Die Rückübersetzung der Software in andere Codeformen (Dekomplizierung) sowie sonstige Arten der Rückerschließung der verschiedenen Herstellungsstufen der Software (Reverse-Engineering) und die Entfernung des Kopierschutzes, der Seriennummern sowie sonstiger der Programmidentifikation dienenden Merkmale ist, sofern nicht gesetzlich zwingend gestattet, unzulässig. Urhebervermerke im Softwarecode dürfen nicht entfernt werden.

13. Datenschutz

Der Lizenzgeber und der Lizenznehmer verpflichten sich, alle gesetzlichen Verpflichtungen, einschließlich solcher des Datenschutzrechts, zu erfüllen. Sollten im Rahmen der vertraglichen Leistungserbringung personenbezogene Daten im Auftrag des Lizenznehmers durch den Lizenzgeber erhoben, verarbeitet oder genutzt werden, werden der Lizenzgeber und der Lizenznehmer insofern eine Vereinbarung zur Auftragsverarbeitung gemäß Art. 28 Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) schließen.

14. Interoperabilität von Datenverarbeitungsdiensten

Sofern der Lizenzgeber dem Lizenznehmer eine digitale Dienstleistung bereitstellt, bei welcher es sich um einen Datenverarbeitungsdienst im Sinne der „Verordnung (EU) 2023/2854 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Dezember 2023 über harmonisierte Vorschriften für einen fairen Datenzugang und eine faire Datennutzung sowie zur Änderung der Verordnung (EU) 2017/2394 und der Richtlinie (EU) 2020/1828 (Datenverordnung)“ (nachfolgend „Data Act“ oder „DA“) handelt, gelten zusätzlich die folgenden Regelungen dieser Ziffer 14 ergänzend:

- (1) Im Rahmen dieser Bedingungen sind die Begriffe „Daten“, „Datenextraktionsentgelte“, „Datenverarbeitungsdienst“, „digitale Vermögenswerte“, „exportierbare Daten“, „Geschäftsgeheimnis“, „IKT-Infrastruktur in eigenen Räumlichkeiten“, „Wechsel“ und „Wechselentgelt“ im Sinne ihrer Definitionen in Art. 2 DA zu verstehen. Der Begriff „Datenverarbeitungsdienstvertrag“ meint den Vertrag über die Bereitstellung des Datenverarbeitungsdienstes zwischen dem Lizenzgeber und dem Lizenznehmer, in welchen diese Bedingungen einbezogen wurden.
- (2) Der Lizenznehmer hat das Recht auf Verlangen a) zu einem oder mehreren Datenverarbeitungsdiensten zu wechseln, welche von anderen Anbietern von Datenverarbeitungsdiensten als dem Lizenzgeber angeboten werden, b) nach eigenem Ermessen mehrere Datenverarbeitungsdienste verschiedener Anbieter gleichzeitig, d.h. parallel, zu nutzen, c) alle exportierbaren Daten und digitalen Vermögenswerte unverzüglich – und in keinem Fall zu einem

späteren Zeitpunkt als nach Ablauf von 30 Kalendertagen nach Ablauf der Benachrichtigungsfrist der Ziffer 14 (3) (nachfolgend „Übergangszeitraum“) – auf eine IKT-Infrastruktur in eigenen Räumlichkeiten zu übertragen oder d) alle exportierbaren Daten und digitalen Vermögenswerte löschen zu lassen.

(3) Um sein Recht gem. Ziffer 14 (2) auszuüben, wird der Lizenznehmer dem Lizenzgeber mit einer Frist von zwei (2) Monaten (nachfolgend „Benachrichtigungsfrist“ genannt) einen beabsichtigten Wechsel i.S.d. Ziffer 14 (2) in Textform anzeigen (nachfolgend „Wechselverlangen“ genannt). Eine Kündigung des Vertrags ohne Anzeige eines beabsichtigten Wechsels stellt kein Wechselverlangen dar und löst auch nicht die Rechte und Pflichten dieser Ziffer 14 aus. Für den Fristbeginn ist der Zugang des Wechselverlangens beim Lizenzgeber maßgeblich. In dem Wechselverlangen soll der Lizenznehmer den Lizenzgeber über seine Entscheidung unterrichten, eine oder mehrere der folgenden Maßnahmen durchzuführen:

- Wechsel zu einem oder mehreren anderen Anbietern von Datenverarbeitungsdiensten, wobei der Lizenznehmer in diesem Fall die erforderlichen Angaben zu diesem Anbieter macht;
- Nutzung mehrerer Datenverarbeitungsdienste verschiedener Anbieter gleichzeitig, d.h. parallel, wobei auch der Datenverarbeitungsdienst des Lizenzgebers weitergenutzt werden soll (nachfolgend „parallele Nutzung von Datenverarbeitungsdiensten“);
- Wechsel zu einer IKT-Infrastruktur in eigenen Räumlichkeiten;
- Löschung seiner exportierbaren Daten und digitalen Vermögenswerte.

Seine Entscheidung kann der Lizenznehmer auch nach Ablauf der Benachrichtigungsfrist mitteilen. Absätze 5-7, 9-11, 13 u. 18 dieser Ziffer 14 gelten nicht bei der parallelen Nutzung von Datenverarbeitungsdiensten.

(4) Der Lizenzgeber wird bis zum Ende des Übergangszeitraums

- dem Lizenznehmer und von ihm autorisierten Dritten beim Vollzug des Wechsels angemessene Unterstützung leisten; dies gilt nicht bei der parallelen Nutzung von Datenverarbeitungsdiensten;
- mit der gebotenen Sorgfalt handeln, um die Kontinuität des Geschäftsbetriebs aufrechtzuerhalten und die Erbringung der vertragsmäßigen Funktionen oder Dienste fortzusetzen;
- über bekannte Risiken für die unterbrechungsfreie Erbringung der Funktionen oder Dienste unterrichten, die auf den Lizenzgeber zurückgehen;
- für ein hohes Maß an Sicherheit sorgen, während der Wechsel vollzogen wird; dies gilt insbesondere für die Sicherheit der Daten während ihrer Übertragung. Zudem wird der Lizenzgeber für eine kontinuierliche Sicherheit der Daten während des Abrufzeitraums i.S.d. Ziffer 14 (10) sorgen.

(5) Ist die Durchführung des Wechsels innerhalb des Übergangszeitraums technisch nicht durchführbar, teilt der Lizenzgeber dies dem Lizenznehmer innerhalb von 14 Tagen nach Anzeige des Wechselverlangens mit und begründet ordnungsgemäß die technische Undurchführbarkeit und gibt einen alternativen Übergangszeitraum an, der sieben Monate nicht überschreiten darf. Unbeschadet des Vorstehenden ist der Lizenznehmer berechtigt, den Übergangszeitraum einmalig um einen Zeitraum zu verlängern, den er für seine eigenen Zwecke für angemessener hält.

(6) Der Lizenzgeber wird die für die vertraglich vereinbarten Dienste relevante Ausstiegsstrategie des Lizenznehmers unterstützen, unter anderem durch Bereitstellung aller einschlägigen Informationen.

(7) Der Datenverarbeitungsdienstvertrag endet, ohne dass es einer entsprechenden Kündigungserklärung bedarf und unbeschadet anderer Regelungen zur Vertragsbeendigung,

- im Falle eines vollständigen Wechsels, bei dem der Lizenznehmer keine gleichzeitige oder parallele Nutzung des

Datenverarbeitungsdienst des Lizenzgebers anstrebt, sobald der Wechsel vollständig vollzogen wurde,

- wenn der Lizenznehmer nach Ablauf der Benachrichtigungsfrist nicht wechseln, sondern seine exportierbaren Daten und digitalen Vermögenswerte nach Beendigung des Dienstes beim Lizenzgeber löschen möchte.

Der Lizenzgeber wird den Lizenznehmer über die Beendigung informieren.

(8) Eine erschöpfende Auflistung aller Kategorien von Daten und digitalen Vermögenswerten, die während des Wechselvollzugs übertragen werden können, können dem Datenverarbeitungsdienstvertrag entnommen werden. Dies gilt auch für exportierbare Daten sowie Datenkategorien, die für die interne Funktionsweise des Datenverarbeitungsdienstes des Lizenzgebers spezifisch sind und von den exportierbaren Daten ausgenommen werden, da die Gefahr einer Verletzung von Geschäftsgeheimnissen des Lizenzgebers besteht.

(9) Der Lizenznehmer kann die vom Wechsel betroffenen Daten für einen Zeitraum von 30 Tagen nach Ablauf des Übergangszeitraums abrufen (nachfolgend „Abrufzeitraum“).

(10) Unbeschadet anderweitiger Löschverpflichtungen oder Löschansprüche werden alle exportierbaren Daten und digitalen Vermögenswerte, die direkt vom Lizenznehmer generiert werden oder sich direkt auf diesen beziehen, nach Ablauf des Abrufzeitraums vom Lizenzgeber vollständig gelöscht, sofern der Wechsel erfolgreich vollzogen ist.

(11) Für den Wechsel erhebt der Lizenzgeber bis zum 12.01.2027 ein ermäßigtes Wechselentgelt, welches die im unmittelbaren Zusammenhang mit dem Wechsel stehenden Kosten nicht übersteigt. Die Höhe des ermäßigten Wechselentgeltes ist dem Datenverarbeitungsdienstvertrag zu entnehmen. Ab dem 12.01.2027 erhebt der Lizenzgeber keine Wechselentgelte für den Wechsel mehr. In dem jeweiligen Datenverarbeitungsdienstvertrag oder auf den entsprechenden Webseiten des Lizenzgebers erhält der Lizenznehmer weitere Informationen darüber, ob und gegebenenfalls in welcher Höhe Standarddienstentgelte, d.h. Entgelte für die Erbringung des vertragsgegenständlichen Datenverarbeitungsdienstes selbst, ermäßigte Wechselentgelte sowie bei vorzeitiger Kündigung des vertragsgegenständlichen Datenverarbeitungsdienstes möglicherweise auferlegte Sanktionen anfallen.

(12) Für den Fall, der parallelen Nutzung von Datenverarbeitungsdiensten, erhebt der Lizenzgeber Datenextraktionsentgelte, welche die entstandenen Extraktionskosten nicht übersteigen. Die genaue Höhe der Datenextraktionsentgelte kann dem Datenverarbeitungsdienstvertrag entnommen werden.

(13) Verfügbare Verfahren für den Wechsel und die Übertragung von Inhalten auf den Datenverarbeitungsdienst, einschließlich Informationen über verfügbare Wechsel- und Übertragungsmethoden und -formate sowie über Einschränkungen und technische Beschränkungen, die dem Lizenzgeber bekannt sind, werden von diesem rechtzeitig bereitgestellt.

(14) Soweit verfügbar, kann der Lizenznehmer auf ein aktuelles Online-Register der Anbieter von Datenverarbeitungsdiensten mit Einzelheiten zu allen Datenstrukturen und Datenformaten sowie zu den einschlägigen Normen und offenen Interoperabilitätsspezifikationen, in denen die in exportierbaren Daten verfügbar sind, zugreifen.

(15) In dem jeweiligen Datenverarbeitungsdienstvertrag oder auf den entsprechenden Webseiten des Lizenzgebers sind

- Informationen zur Gerichtsbarkeit, der die IKT-Infrastruktur unterliegt, die für die Datenverarbeitung der einzelnen Dienste des Lizenzgebers errichtet wurde; und
- eine allgemeine Beschreibung der technischen, organisatorischen und vertraglichen Maßnahmen, die der Lizenzgeber getroffen hat, um einen internationalen staatlichen Zugang zu oder eine internationale staatliche Übermittlung von in der EU gespeicherten nicht-personenbezogenen Daten zu verhindern, wenn ein entsprechender Zugang oder eine entsprechende

Übermittlung im Widerspruch zum Unionsrecht oder zum nationalen Recht des betreffenden Mitgliedstaats stünde

abrufbar.

(16) Um den internationalen und staatlichen Zugang zu und die Übermittlung von in der EU gespeicherten nicht-personenbezogenen Daten an Drittländer zu verhindern, wenn eine solche Übermittlung oder ein solcher Zugriff zu einem Konflikt mit dem Recht der EU oder dem deutschen Recht führen würde, hat der Lizenzgeber folgende angemessenen technischen, organisatorischen und vertraglichen Maßnahmen (nachfolgend „TOMs“) ergriffen:

- Der Lizenzgeber wird im Falle einer Aufforderung durch ein Gesetz oder im Zuge eines behördlichen, gerichtlichen oder sonstigen ähnlichen Verfahrens nach eigenem Ermessen und so weit erforderlich, sinnvoll, angemessen und zweckmäßig, (i) die auffordernde Stelle des Drittstaates auf den Konflikt in den Rechtsordnungen hinweisen und (ii) Rechtsmittel gegen die Aufforderung einlegen.
- Der Lizenzgeber hat auf einer Website, die in der Dokumentation zum Datenverarbeitungsdienst benannt ist, weitergehende TOMs allgemein beschrieben.
- Der Lizenzgeber informiert den Lizenznehmer, wenn für dessen Daten ein Datenzugangsverlangen einer Behörde eines Drittlands vorliegt vor Erfüllung des Verlangens. Dies gilt nicht, wenn das Verlangen Strafverfolgungszwecken dient, und zwar so lange, wie dies zur Wahrung der Wirksamkeit der Strafverfolgungsmaßnahmen erforderlich ist.

(17) Die Verpflichtungen des Lizenzgebers nach dieser ergänzenden Ziffer 14 beschränken sich auf die Datenverarbeitungsdienste, die vom Lizenzgeber angeboten werden. Der Lizenzgeber wird im Falle eines Wechsels die exportierbaren Daten in ein maschinenlesbares Format extrahieren, während der Lizenznehmer und der übernehmende Anbieter von Datenverarbeitungsdiensten die exportierbaren Daten in die neue Umgebung hochladen müssen. Dies gilt für den Wechsel von digitalen Vermögenswerten des Lizenznehmers sowie im Zusammenhang mit dem Wechsel zum Zwecke der parallelen und interoperablen Nutzung von Datenverarbeitungsdiensten entsprechend. Für ein vom Lizenznehmer gewünschtes und über die Verpflichtung des Lizenzgebers aus dem Data Act hinausgehendes Tätigwerden des Lizenzgebers werden die Parteien eine gesonderte Vereinbarung treffen.

(18) Für den Fall, dass der Datenverarbeitungsdienst einer Ausnahme des Art. 31 DA unterliegt, beschränken sich die Pflichten des Lizenzgebers auf den in Art. 31 DA festgelegten Umfang. Der Lizenzgeber wird den Lizenznehmer über das Vorliegen einer Ausnahme i.S.d. Art. 31 DA vor Abschluss des Datenverarbeitungsdienstvertrag informieren.

15. Sonstiges

- (1) Der Lizenznehmer ist zur Aufrechnung, Zurückbehaltung sowie zur Einrede des nicht erfüllten Vertrags nur berechtigt, wenn die Gegenansprüche rechtskräftig festgestellt, anerkannt oder unbestritten sind. Das Recht des Lizenznehmers zur Aufrechnung besteht uneingeschränkt, soweit seine aufgerechnete Forderung mit der Hauptforderung synallagmatisch verknüpft ist.
- (2) Die Abtretung von Ansprüchen, die dem Lizenznehmer aus der Geschäftsverbindung mit dem Lizenzgeber zustehen, mit Ausnahme von Geldforderungen ist ausgeschlossen.
- (3) Ereignisse höherer Gewalt, d.h. jedes von außen kommende, keinen betrieblichen Zusammenhang aufweisende Ereignis, durch das die betroffene Vertragspartei ganz oder teilweise an der Erfüllung ihrer Verpflichtungen gehindert wird und das die betroffene Vertragspartei weder mit der nach den Umständen des Einzelfalles vernünftigerweise anwendbaren Sorgfalt hätte vorhersehen noch mit wirtschaftlich zumutbaren Mitteln abwenden können, wie insbesondere Naturkatastrophen, Brände, flächendeckende Stromausfälle und/oder Unterbrechungen oder Zerstörung datenführender oder elektrischer Leitungen auf öffentlichem Grund, Hackerangriffe, Zero-Day-Exploits, Distributed Denial of Service-Angriffe (DDoS), Denial of Service-Angriffe (DoS), Befall der IT-Systeme mit Schadsoftware, Epidemien und Pandemien,

Arbeitskämpfe, Unruhen und kriegerische oder terroristische Auseinandersetzungen, Quarantänemaßnahmen, Maßnahmen oder Entscheidungen der Regierung, des Gesetzgebers, einer Behörde oder eines Gerichts unabhängig von deren Rechtmäßigkeit, die unvorhersehbare Folgen für die Leistungsdurchführung nach sich ziehen, befreien die Parteien für die Dauer der Störung und im Umfang ihrer Wirkung von ihren Leistungspflichten, selbst wenn sie sich in Verzug befinden sollten. Versorgungsschwierigkeiten und andere Leistungsstörungen auf Seiten eines Lieferanten und/oder eines Vorlieferanten der betroffenen Vertragspartei gelten nur dann als Höhere Gewalt, wenn der Lieferant und/oder der Vorlieferant seinerseits durch ein Ereignis gemäß Satz 1 an der Erbringung der ihm obliegenden Leistung gehindert ist. Eine automatische Vertragsauflösung erfolgt jedoch nicht. Der Lizenzgeber und der Lizenznehmer sind verpflichtet, sich von einem solchen Hindernis zu benachrichtigen und ihre Verpflichtungen den veränderten Verhältnissen nach Treu und Glauben anzupassen.

- (4) Es gilt ausschließlich das Recht der Bundesrepublik Deutschland; die Anwendung des Übereinkommens der Vereinten Nationen über Verträge über den Internationalen Warenaufkauf (CISG) ist ausgeschlossen.
- (5) Ausschließlicher Gerichtsstand für alle aus der Geschäftsverbindung herrührenden Ansprüche gegenüber Kaufleuten und juristischen Personen des öffentlichen Rechts ist Berlin. Dies gilt auch für Ansprüche aus Schecks sowie für deliktsrechtliche Ansprüche und Streitverkündungen. Der Lizenzgeber ist jedoch auch berechtigt, den Lizenznehmer vor jedem anderen Gericht zu verklagen, das gesetzlich zuständig ist. Bei grenzüberschreitenden Lieferungen und Leistungen ist Berlin ausschließlicher Gerichtsstand für alle Streitigkeiten aus dem Vertragsverhältnis (Art. 25 VO (EU) 1215/2012). Der Lizenzgeber behält sich jedoch das Recht vor, den Lizenznehmer an seinem allgemeinen Gerichtsstand zu verklagen oder jedes andere Gericht anzu rufen, das nach VO (EU) 1215/2012 zuständig ist.
- (6) Die Parteien sind sich bewusst, dass die Software Export- und Importbeschränkungen unterliegen kann. Insbesondere können Genehmigungspflichten bestehen oder die Nutzung der Software oder damit verbundener Technologien kann im Ausland Beschränkungen unterliegen. Der Lizenznehmer wird die anwendbaren Exportkontroll- und Importkontrollvorschriften der Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Union sowie alle anderen einschlägigen Vorschriften einhalten. Die Vertragserfüllung des Lizenzgebers steht unter dem Vorbehalt, dass der Erfüllung keine Hindernisse aufgrund von nationalen und internationalen Vorschriften des Exportkontroll- und Importkontrollrechts sowie keine sonstigen gesetzlichen Vorschriften oder behördlichen Anordnungen entgegenstehen. Schließen entgegenstehende Vorschriften oder behördlichen Anordnungen die Zurverfügungstellung oder Nutzung der Software oder Leistungen aus oder schränken diese ein, ist der Lizenzgeber insoweit nicht zur Erfüllung verpflichtet. Der Vertrag ist in einem solchen Fall entsprechend anzupassen. Ist eine Anpassung aufgrund der Umstände des Einzelfalles nicht möglich, können die Parteien vom Vertrag zurücktreten. An die Stelle des Rücktrittsrechts tritt für Dauerschuldverhältnisse das Recht zur außerordentlichen Kündigung.
- (7) Mündliche Nebenabreden zu diesen Bestimmungen bestehen nicht. Änderungen und/oder Ergänzungen dieser Bedingungen bedürfen der Schriftform. Eine Änderung dieses Schriftformerfordernisses bedarf ebenfalls der Schriftform. § 305b BGB (Vorrang der Individualabrede) bleibt unberührt.
- (8) Sollten einzelne der vorstehenden Bedingungen unwirksam sein oder werden, so berührt dies nicht die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen.
- (9) Im Fall von Widersprüchen zwischen der deutschen und der englischen Fassung dieser Bedingungen gilt nur die deutsche Fassung und ist rechtsverbindlich. Die englische Fassung ist informativ unten in diesem Dokument einsehbar.

License terms for software from IAV GmbH Ingenieurgesellschaft Auto und Verkehr

Version 12/2025

1. Validity of these terms

- (1) By concluding a contract for the acquisition of the right of use specified below for software described in more detail in the separate software description (hereinafter referred to as "Software"), you (hereinafter referred to as "Licensee") agree to these license terms ("Terms") of IAV GmbH Ingenieurgesellschaft Auto und Verkehr, Carnotstraße 1, 10587 Berlin, Germany (hereinafter referred to as "Licensor") for the use of the Software.
- (2) Subject to deviating agreements in individual cases, contracts for the licensing of the Software are concluded exclusively in accordance with these Terms. Any conflicting or deviating general Terms and conditions of the Licensee shall only be binding if the Licensor has expressly acknowledged them; this must be done in writing. These Terms shall also apply if the Licensor carries out the delivery or service without reservation in the knowledge of conflicting or deviating terms and conditions of the Licensee.
- (3) The Licensor's offer to conclude a contract in accordance with these Terms and conditions is directed exclusively at legal entities or natural persons acting as entrepreneurs within the meaning of § 14 German Civil Code (BGB). The Licensee therefore warrants that the contractual relationship with the Licensor is established exclusively in the exercise of his commercial or independent professional activity or within the scope of his activity for his employer, who is himself an entrepreneur.

2. Contract execution

- (1) The Software shall only have the characteristics, technical data, etc. expressly specified in the contract; these shall only constitute guarantees if the Licensor expressly declares that it will be liable for them regardless of fault or if they are expressly designated as such by the Licensor; guarantee declarations must be made in writing to be effective.
- (2) Unless otherwise provided by law, the Licensor shall only be obliged to provide advice to the extent that this has been assumed by him as a primary contractual obligation.
- (3) The Licensor is not obligated to adapt the Software to the Licensee's IT environment, unless expressly agreed otherwise.

3. Rights of use / Licenses

- (1) Upon conclusion of the contract, the Licensee shall receive a simple, non-transferable, and non-sublicensable right, limited in time to the end of the agreed term of use and limited in space to the worldwide territory outside the United States of America (USA), to use the Software – depending on the agreement – the specified users (named users) or number of users (concurrent users). In the case of demo versions (beta versions) of the Software or the granting of so-called early access, the aforementioned right of use is free of charge and limited to use for internal testing purposes.
- (2) If the Licensor provides the Licensee with software (or parts thereof) (including patches, bug fixes, and documentation), simple rights of use are granted to the extent that they exist for the Software with which they are to be used as intended or which they are to replace.
- (3) The use of free and open source software is generally permitted within the scope of the Software. If free and open source software is used by the Licensor, the separately provided license terms shall apply exclusively in this regard.

4. Software as a Service

If the Software is provided as a Software as a Service, the following provisions of this Section 4 shall also apply.

- (1) The transfer point for the use of the Software is the router output of the Licensor's data center. The Licensor is not responsible for establishing and maintaining the data connection between the Licensee's IT systems and the transfer point described. When using the Software, restrictions or impairments may occur due to

circumstances beyond the Licensor's control. These include, in particular, the hardware, software, and technical infrastructure used by the Licensee, actions by third parties not acting on behalf of the Licensor, technical conditions of the Internet beyond the Licensor's control, and force majeure. Continuous availability of the Software is therefore not guaranteed.

- (2) The Licensor may maintain, update, and further develop the Software at any time and, in particular, adapt it due to a change in the legal situation, technical developments, or to improve IT security, which may result in restrictions on the availability and usability of the Software. Such measures may also be carried out during normal business hours.

5. AI software

If the Software is software that contains artificial intelligence ("AI") functions within the meaning of Art. 3 No. 1 of Regulation (EU) 2024/1689 ("AI Regulation"), the following provisions of this Section 5 shall also apply.

- (1) The Licensee is obliged to carefully check the content generated by AI ("AI output") for accuracy and completeness as well as for possible legal violations before use. In particular, in the case of specialist, technical, legal, or financial content, the Licensee must verify the AI output by taking appropriate measures. The Licensee shall ensure that it integrates AI output into its processes in such a way that it complies with the relevant regulations (in particular the AI Regulation and the General Data Protection Regulation) and is put into operation or used in accordance with the regulations.
- (2) The Licensor reserves the right to change or further develop the technology, algorithms, and models underlying the AI at any time, insofar as this is reasonable for the Licensee. Such changes serve in particular to improve the performance, security, or efficiency of the Software. The Licensor may adapt the AI functions to new legal or regulatory requirements at any time, in particular to the provisions of the AI Regulation, the General Data Protection Regulation, or other relevant legal provisions. Such adaptations shall also be made without prior notice if this is necessary to fulfill legal obligations.
- (3) The Licensor reserves the right to update, expand, or modify the data used to train the AI model at any time. This may lead to changes in the quality, type, or range of the AI output.
- (4) The Licensor is entitled to replace the AI model used with another model that is technically comparable or superior. The Licensee will be informed in good time of any significant changes to the functionality or performance. In such cases, the Licensee has the right to terminate the contract extraordinarily for cause in writing if the changes are unreasonable for the Licensee.
- (5) The Licensor may deactivate or restrict individual functions of the AI if this is necessary for technical, legal, or security reasons. In the event of permanent deactivation of essential functions, the Licensee has the right to terminate the contract extraordinarily for cause in writing.

6. Maintenance services (support)

If the Licensee has purchased a license with software support, the following conditions of this Section 6 shall also apply.

- (1) The Licensor shall provide consulting services via an email helpdesk in the event of errors, application problems, malfunctions, or other difficulties in connection with the Software's program sequences. Consulting services shall be provided during normal business hours (Monday to Friday, except public holidays, from 9:00 a.m. to 5:00 p.m. CET at the Licensor's registered office). Consulting services in this sense shall be defined as any problem-related response by the Licensor to the Licensee's description of a software-related problem in connection with the Software.
- (2) The Licensor shall provide support for errors that occur in the Software and are reported to it by the Licensee. An error shall be

deemed to exist in particular if the Software does not perform the functions specified in the software documentation, delivers incorrect results, aborts the run in an uncontrolled manner, or otherwise does not function properly. An error does not exist if the aforementioned malfunctions occur due to improper handling of the Software and/or breaches of obligations by the Licensee, for example, failure to observe the software documentation, regardless of whether this was caused by the Licensee, its vicarious agents, or other persons authorized by the Licensee. Furthermore, no error shall be deemed to exist if an AI-based functionality delivers an incorrect result or the AI exhibits unexpected behavior and this cannot be avoided according to the current state of the art.

- (3) After an error report by the Licensee, the errors shall be classified by mutual agreement into the following error classes:

Error class A An error of class A occurs when the use of the Software is impossible or severely restricted, for example due to malfunctions, incorrect work results, or response times, and as a result it is no longer possible to work with the Software at all.

Error class B A class B error occurs when the use of the Software is not impossible or severely restricted, for example due to malfunctions, incorrect work results, or response times, but the restrictions on use are nevertheless not insignificant.

Error class C A class C error exists if the use of the Software is not directly and/or significantly impaired.

If the contracting parties cannot agree on the error classification, the Licensor shall decide, taking into account the interests of the Licensee.

- (4) The following service levels apply to error handling:

Error class A The Licensor shall begin error handling for class A errors if they are reported by 12:00 noon on the same working day; if they are reported after 12:00 noon, no later than the next working day.

Error class B The Licensor shall begin error handling for class B errors within a reasonable period of time after notification, depending on the severity of the impairment.

Error class C In the case of class C errors, the Licensor shall endeavor to eliminate the error in the next program version (update or upgrade).

- (5) An error shall also be deemed to have been corrected if the Licensee is provided with a workaround that allows the error to be circumvented without significant impairment to the Licensee.
- (6) The Licensee shall support the Licensor in providing maintenance services free of charge. In particular, the Licensee shall
- provide the Licensor with the input data and configurations used in digital form in the event of detected malfunctions;
 - support the Licensor to the best of its ability in searching for the cause of the error;
 - in the event of on-site consultation or online maintenance, grant the employees responsible for performing the Software maintenance services on behalf of the Licensor access to the computers used to operate the Software;
 - back up all data used or generated in connection with the Software at regular intervals in a separate form that allows lost data to be reconstructed with reasonable effort.
- (7) If the provision of a managed service has been agreed, the following shall apply in addition: The Licensee undertakes as an essential contractual obligation to ensure that all agreed provision services are provided in the required quality and on the agreed dates or on the dates necessary for project implementation without additional costs. To the extent necessary, the Licensee shall, in particular, provide sufficient personnel and competent contact persons for support in connection with the managed service.

7. Additional services

At the request of the Licensee, the Licensor may provide additional services related to the Software but not included in the contractual services for a separate fee. This applies in particular to

- Services provided by the Licensor on site at the Licensee's premises;
- Services provided by the Licensor outside normal office hours at the request of the Licensee;
- Services that become necessary due to improper handling of the maintained programs and/or breaches of obligation by the Licensee, for example, failure to observe the Software documentation, regardless of whether this was done by the Licensee, its vicarious agents, or other persons not authorized by the Licensor;
- Training measures for the optimal use of the Software;
- Services that become necessary due to force majeure or other circumstances for which the Licensor is not responsible.

8. Terms of payment

(1) The Licensor's remuneration prices are net prices, i.e. excluding statutory sales tax (VAT). The prices apply exclusively on condition that the Software and services are free of taxes, customs duties, levies, or other charges arising from the fact that the Licensor provides the Software or its services outside Germany. In the event that taxes, customs duties, or levies are imposed by public authorities, the prices shall increase accordingly by these amounts.

- (2) The respective price is to be paid by the Licensee at the beginning of the period of use. Consumption-based costs will be invoiced at the beginning of the following month.
- (3) Invoices from the Licensor are payable within 30 days of the invoice date without deductions. In the event of late payment, the Licensee shall owe default interest at the statutory rate, unless the Licensor can prove that the Licensee has incurred higher damages.

9. Claims for defects

- (1) The Licensee must notify the Licensor immediately of any defects in the Software. A defect shall not be deemed to exist if an error claimed by the Licensee cannot be reproduced. If the Licensee has made changes to the Software, the Licensee shall only be entitled to claims for defects if the Licensee can prove that its changes were not the cause of the defect.
- (2) If it transpires that a defect claimed by the Licensee does not exist, in particular if a claimed defect cannot be reproduced, the Licensor shall be entitled to demand reasonable compensation for its expenses, unless the Licensee is only guilty of simple negligence.
- (3) A warranty for only insignificant reductions in the suitability of the Software is excluded.
- (4) Any reduction in remuneration or claims for damages due to Software malfunctions for which the Licensor is not responsible are excluded. This exclusion does not apply if any malfunctions persist for a period of more than one week or significantly impair the Licensee's business operations.
- (5) The right to remedy a defect oneself in accordance with § 536a (2) BGB is excluded.
- (6) Claims for damages shall only exist in accordance with the following Section 10 of these Terms.

10. Liability

- (1) When providing a cost-free demo version, the Licensor shall only be liable for intentional or grossly negligent acts in accordance with §§ 599 et seq. BGB.
- (2) Strict liability for initial defects pursuant to § 536a (1) BGB is excluded. The Licensor shall only be liable in this respect in cases of intent or gross negligence. Otherwise, the Licensor shall only be liable on the basis of



- for intentional or grossly negligent acts and
 - for any culpable breach of essential contractual obligations.
- (3) Essential contractual obligations are those contractual obligations whose fulfillment is essential for the proper execution of the contract and on whose compliance the contractual partner regularly relies and may rely. In the event of a simple negligent breach of an essential contractual obligation, the Licensor's liability shall be limited to the damage that is foreseeable and typical for the type of transaction in question.
- (4) As is typical for this type of contract, the Licensor's liability for a simple negligent breach of an essential contractual obligation is limited to the amount of remuneration received from the Licensor in the year concerned, whereby liability for all damages caused by simple negligence in connection with this contract is limited to a maximum amount of EUR 100,000.00. A claim is understood to be a defect in the Software and all damages resulting therefrom.
- (5) The Licensor shall only be liable for the recovery of data if the Licensee has ensured that lost data can be restored with reasonable effort.
- (6) In the case of AI software, the Licensor does not guarantee the accuracy, legality, completeness, timeliness, or quality of the AI output. The Licensor is not liable for defects in the AI functions that are attributable to the quality or nature of the data used to train the AI model.
- (7) Liability for damages resulting from injury to life, limb, or health, for defects within the scope of a quality guarantee granted by the Licensor in accordance with § 444 BGB, and liability in accordance with §§ 1, 4 ProdHaftG (German Product Liability Act) remain unaffected.
- (8) Insofar as liability for damages is excluded or limited in accordance with the above provisions, this also extends to the personal liability of the Licensor's organs, employees, and other staff, representatives, and vicarious agents, and also applies to statutory liability arising from tort.

11. Limitation period

The limitation period for claims by the Licensee against the Licensor arising from or in connection with these Terms and conditions is limited to one (1) year from the statutory commencement of the limitation period. The limitation period pursuant to § 438 (1) No. 2 BGB and § 634a (1) No. 2 BGB due to a defect and the limitation period for claims for which the Licensor is liable without limitation under these Terms and conditions or arising from a breach of an obligation essential to the purpose of the contract remain unaffected by this.

12. Review and retranslation

- (1) The Licensee undertakes to conscientiously review the work results achieved with the help of the Software in accordance with the state of the art and to take all safety precautions necessary to avoid damage resulting from the application of the work results. In order to be able to recapitulate any damage that may occur later, the Licensee further undertakes to document the results of the review accordingly and, if necessary, to make them available to the Licensor for the purpose of damage analysis.
- (2) The retranslation of the Software into other code forms (decompilation) as well as other types of reverse engineering of the various stages of production of the software (reverse engineering) and the removal of copy protection, serial numbers, and other features serving to identify the program are not permitted unless required by law. Copyright notices in the Software code may not be removed.

13. Data protection

The Licensor and the Licensee undertake to comply with all legal obligations, including those under data protection law. If, within the scope of the contractual provision of services, personal data is collected, processed, or used by the Licensor on behalf of the Licensee, the Licensor and the Licensee shall conclude an agreement

on order processing in accordance with Art. 28 of the General Data Protection Regulation (GDPR).

14. Interoperability of data processing services

If the Licensor provides the Licensee with a digital service that is a data processing service within the meaning of "Regulation (EU) 2023/2854 of the European Parliament and of the Council of December 13, 2023, on harmonized rules for fair data access and use and amending Regulation (EU) 2017/2394 and Directive (EU) 2020/1828 (Data Regulation)" (hereinafter "Data Act" or "DA"), the following provisions of this Section 14 shall apply in addition:

- (1) Within the scope of these Terms and conditions, the Terms "data," "data extraction fees," "data processing service," "digital assets," "exportable data," "trade secret," "on-premises ICT infrastructure," "exchange," and "exchange fee" shall be understood as defined in Art. 2 DA. The term "data processing service agreement" means the agreement for the provision of the data processing service between the Licensor and the Licensee, in which these Terms have been incorporated.
- (2) The Licensee has the right, upon request, to a) switch to one or more data processing services offered by data processing service providers other than the Licensor, b) use several data processing services from different providers simultaneously, i.e., in parallel, at its own discretion, c) to transfer all exportable data and digital assets immediately – and in no case later than 30 calendar days after the expiry of the notification period specified in clause 14 (3) (hereinafter referred to as the "transition period") – to an ICT infrastructure on its own premises, or d) have all exportable data and digital assets deleted.
- (3) In order to exercise its right under Section 14 (2), the Licensee shall notify the Licensor in writing of its intention to change providers within the meaning of Section 14 (2) with two (2) months' notice (hereinafter referred to as the "notice period") (hereinafter referred to as the "Change Request"). Termination of the contract without notification of an intended change does not constitute a change request and does not trigger the rights and obligations of this Section 14. The start of the notice period shall be determined by the date of receipt of the Change Request by the Licensor. In the Change Request, the Licensee shall inform the Licensor of its decision to implement one or more of the following measures:
 - Switch to one or more other providers of data processing services, in which case the Licensee shall provide the necessary information about this provider;
 - Use of several data processing services from different providers at the same time, i.e., in parallel, whereby the data processing service of the Licensor is also to continue to be used (hereinafter referred to as "parallel use of data processing services");
 - Switching to an ICT infrastructure on the Licensee's own premises;
 - Deletion of its exportable data and digital assets.The Licensee may also notify the Licensor of its decision after the notification period has expired. Paragraphs 5-7, 9-11, 13, and 18 of this Section 14 shall not apply in the case of parallel use of data processing services.
- (4) The Licensor shall, until the end of the transition period
 - provide the Licensee and third parties authorized by the Licensee with appropriate support in completing the change; this shall not apply in the case of parallel use of data processing services;
 - act with due care to maintain business continuity and continue to perform the contractual functions or services;
 - inform the Licensor of any known risks to the uninterrupted provision of the functions or services attributable to the Licensor;
 - ensure a high level of security while the change is being implemented; this applies in particular to the security of data during its transmission. In addition, the Licensor shall ensure

- continuous data security during the retrieval period within the meaning of Section 14 (10).
- (5) If the changeover is not technically feasible within the transition period, the Licenser shall notify the Licensee thereof within 14 days of notification of the Change Request, duly justifying the technical infeasibility and specifying an alternative transition period, which may not exceed seven months. Notwithstanding the foregoing, the Licensee shall be entitled to extend the transition period once by a period that it deems appropriate for its own purposes.
- (6) The Licenser shall support the Licensee's exit strategy relevant to the contractually agreed services, including by providing all relevant information.
- (7) The data processing service agreement shall terminate without the need for a corresponding notice of termination and without prejudice to other provisions on termination of the contract,
- in the event of a complete changeover, where the Licensee does not intend to use the Licenser's data processing service simultaneously or in parallel, as soon as the changeover has been completed,
 - if, after the notification period has expired, the Licensee does not wish to switch but wishes to delete its exportable data and digital assets from the Licenser after termination of the service.
- The Licenser shall notify the Licensee of the termination.
- (8) An exhaustive list of all categories of data and digital assets that may be transferred during the changeover can be found in the data processing service agreement. This also applies to exportable data and data categories that are specific to the internal functioning of the Licenser's data processing service and are excluded from the exportable data due to the risk of violating the Licenser's trade secrets.
- (9) The Licensee may retrieve the data affected by the transfer for a period of 30 days after the end of the transition period (hereinafter referred to as the "Retrieval Period").
- (10) Notwithstanding any other deletion obligations or deletion claims, all exportable data and digital assets that are generated directly by the Licensee or relate directly to the Licensee shall be completely deleted by the Licenser after the end of the Retrieval Period, provided that the switch has been successfully completed.
- (11) For the change, the Licenser shall charge a reduced change fee until January 12, 2027, which shall not exceed the costs directly related to the change. The amount of the reduced change fee can be found in the data processing service agreement. From January 12, 2027, the Licenser will no longer charge any change fees for the change. In the respective data processing service agreement or on the corresponding websites of the Licenser, the Licensee will receive further information on whether and, if so, to what extent standard service fees, i.e. fees for the provision of the contractual data processing service itself, reduced change fees, and any penalties that may be imposed in the event of early termination of the contractual data processing service.
- (12) In the event of parallel use of data processing services, the Licenser shall charge data extraction fees that do not exceed the extraction costs incurred. The exact amount of the data extraction fees can be found in the data processing service agreement.
- (13) Available methods for switching and transferring content to the data processing service, including information on available switching and transfer methods and formats, as well as restrictions and technical limitations known to the Licenser, shall be provided by the Licenser in a timely manner.
- (14) Where available, the Licensee may access a current online register of data processing service providers with details of all data structures and data formats, as well as the relevant standards and open interoperability specifications in which the exportable data is available.
- (15) The respective data processing service agreement or the relevant websites of the Licenser shall contain
- Information on the jurisdiction to which the ICT infrastructure established for the data processing of the Licenser's individual services is subject; and
 - a general description of the technical, organizational, and contractual measures taken by the Licenser to prevent international government access to or international government transfer of non-personal data stored in the EU if such access or transfer would be contrary to Union law or the national law of the Member State concerned.
- (16) In order to prevent international and governmental access to and transfer of non-personal data stored in the EU to third countries where such transfer or access would conflict with EU law or German law, the Licenser has taken the following appropriate technical, organizational, and contractual measures (hereinafter "TOMs"):
- In the event of a request by law or in the course of administrative, judicial, or other similar proceedings, the Licenser shall, at its own discretion and to the extent necessary, reasonable, appropriate, and expedient, (i) notify the requesting authority of the third country of the conflict in the legal systems and (ii) appeal against the request.
 - The Licenser has described further TOMs in general terms on a website specified in the documentation for the data processing service.
 - The Licenser shall inform the Licensee if a request for access to its data has been made by an authority of a third country before fulfilling the request. This shall not apply if the request is for law enforcement purposes, for as long as necessary to preserve the effectiveness of the law enforcement measures.
- (17) The Licenser's obligations under this supplementary Section 14 are limited to the data processing services offered by the Licenser. In the event of a change, the Licenser shall extract the exportable data in a machine-readable format, while the Licensee and the receiving data processing service provider shall upload the exportable data to the new environment. This applies to the transfer of the Licensee's digital assets and in connection with the transfer for the purpose of parallel and interoperable use of data processing services. The parties shall enter into a separate agreement for any action by the Licenser requested by the Licensee that goes beyond the Licenser's obligations under the Data Act.
- (18) In the event that the data processing service is subject to an exception under Section 31 DA, the Licenser's obligations shall be limited to the scope specified in Section 31 DA. The Licenser shall inform the Licensee of the existence of an exception within the meaning of Section 31 DA prior to the conclusion of the data processing service agreement.

15. Miscellaneous

- (1) The Licensee shall only be entitled to offset, withhold payment, or raise the defense of non-performance of the contract if the counterclaims have been legally established, recognized, or are undisputed. The Licensee's right to offset shall be unrestricted insofar its counterclaims directly arise from the same contract as Licenser's claims.
- (2) The assignment of claims to which the Licensee is entitled from the business relationship with the Licenser, with the exception of monetary claims, is excluded.
- (3) Events of force majeure, i.e. any external event not related to operations which prevents the affected party from fulfilling its obligations in whole or in part and which the affected party could neither have foreseen with reasonable care applicable in the circumstances of the individual case nor could have averted by economically reasonable means, such as, in particular, natural disasters, fires, widespread power failures and/or interruptions or destruction of data-carrying or electrical lines on public property, hacker attacks, zero-day exploits, distributed denial-of-service attacks (DDoS), denial-of-service attacks (DoS), malware attacks on IT systems, epidemics and pandemics, labor disputes, unrest and armed or terrorist conflicts, quarantine measures, measures or decisions by the government, the legislature, an authority or a court,

regardless of their legality, which have unforeseeable consequences for the performance of services, shall release the parties from their performance obligations for the duration of the disruption and to the extent of its effect, even if they are in default. Supply difficulties and other performance disruptions on the part of a supplier and/or upstream supplier of the affected contracting party shall only be considered force majeure if the supplier and/or upstream supplier is prevented from performing its obligations due to an event as described in sentence 1. However, this shall not result in automatic termination of the contract. The Licensor and the Licensee are obliged to notify each other of such an obstacle and to adjust their obligations to the changed circumstances in good faith.

- (4) The law of the Federal Republic of Germany shall apply exclusively; the application of the United Nations Convention on Contracts for the International Sale of Goods (CISG) is excluded.
- (5) The exclusive place of jurisdiction for all claims arising from the business relationship with merchants and legal entities under public law is Berlin, Germany. This also applies to claims arising from checks, tort claims, and declarations of dispute. However, the Licensor is also entitled to sue the Licensee before any other court that has legal jurisdiction. In the case of cross-border deliveries and services, Berlin is the exclusive place of jurisdiction for all disputes arising from the contractual relationship (Art. 25 Regulation (EU) 1215/2012). However, the Licensor reserves the right to sue the Licensee at its general place of jurisdiction or to bring an action before any other court that has jurisdiction under Regulation (EU) 1215/2012.
- (6) The parties are aware that the software may be subject to export and import restrictions. In particular, authorisation requirements may apply, or the use of the Software or related technologies may be subject to restrictions abroad. The Licensee shall comply with the applicable export control and import control regulations of the Federal Republic of Germany and the European Union as well as all other relevant regulations. The Licensor's performance of the contract is subject to the proviso that there are no obstacles to performance due to national and international export control and import control regulations or any other legal regulations or official orders. If conflicting regulations or official orders exclude or restrict the provision or use of the Software or services, the Licensor shall not be obliged to perform in this respect. In such a case, the contract shall be adjusted accordingly. If an adjustment is not possible due to the circumstances of the individual case, the parties may withdraw from the contract. In the case of continuing obligations, the right of withdrawal shall be replaced by the right of extraordinary termination for cause.
- (7) There are no verbal side agreements to these Terms. Amendments and/or additions to these Terms must be made in writing. Any amendment to this written form requirement must also be made in writing. § 305b BGB (primacy of individual agreements) remains unaffected.
- (8) Should any of the above provisions be or become invalid, this shall not affect the validity of the remaining provisions.
- (9) In the event of contradictions between the German and English versions of these Terms and conditions, only the German version shall apply and be legally binding.